

„Grundeinkommen“ – Ausgabe 03-2009

Zum Text von Helmut Creutz: Bedingungsloses Grundeinkommen oder Reduzierung der Kapitaleinkünfte

Der Text von Helmut Creutz zeigt – wie gewohnt – eine Fülle statistischer Daten, die in der Darstellung als Tabelle und auch als Grafiken besonders wirkungsvoll sind. Leider entsteht durch die Überschrift und den Vergleich im Untertitel der Eindruck, als ob es sich um eine Alternative handelt – entweder das eine oder das andere. Beide Methoden überschneiden sich aber. Die Geldreform ist unverzichtbar, das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) scheint leichter in die politische Debatte zu bringen. Ich merke in Gesprächen immer wieder, wie schwierig es ist, den Geldreformansatz verständlich zu machen. Es ist ja gerade ein Kennzeichen dieses Ansatzes, dass die Reduzierung der Kapitaleinkünfte durch einen marktformigen Sättigungsdruck geschieht, nicht durch eine Reduzierung per Dekret. Es ist ja keine Besteuerung der Zinseinkünfte, obwohl auch die einen Finanzierungsbeitrag für ein BGE liefern könnte. Aber die dynamische Wirkung der Geldumlaufgebühr macht den wesentlichen Unterschied zur Zinsbesteuerung! Ähnlich ist es mit der Wirkung der Geldumlaufgebühr auf die Konjunktur und auf die Nachfrage nach Arbeitskräften, auch das erscheint vielen Leuten zunächst schwer verständlich.

Auch schon der vielleicht einfacher zu verstehende Gedanke der „Nachhaltigen Ressour-

cenordnung“ (weiterentwickelte Bodenreform, Umweltumlage, Ressourcenumlage - wie auch immer!) ist für viele Menschen sehr neu und gewöhnungsbedürftig. Da aber schon jetzt durch die riesigen Finanzvermögen der spekulative Kauf von Land und Rohstoffen zunimmt und außerdem die Ökologieproblematik bereits länger sehr präsent ist, halte ich diese Säule des „Geld- und Bodenreform“-Gedankenguts für hochaktuell. Die direkte Ausschüttung von Geldern ist eng mit dem Gedanken des BGE verbunden und bietet die Chance, diese weitergehenden Vorschläge einem großen Zielpublikum nahe zu bringen. Diese Verwendung als direkte Ausschüttung bietet sich ja auch für Einnahmen aus der Geldumlaufumsicherungsg Gebühr an, obwohl dieser Beitrag relativ klein sein wird! Das nimmt den Charakter der Zahlung, denn auch hier wird dann die durchschnittliche Nutzung kostenfrei. Diese Tatsache, die ja auch bei einer Verteuerung der Nutzung der Naturressourcen durch Ökosteuern bzw. Versteigerung von Nutzungsrechten eintritt, braucht oft noch eine Erklärung. Aus einem weiteren Grund halte ich es für wichtig, Geldreform und BGE nicht gegeneinander zu stellen: Der Vorschlag der Ressourcenumlage ist dem Finanzierungsvorschlag von Götz Werner ähnlich, aber wesentlich präziser. Es gibt aber auch noch andere BGE-Finanzierungsvorschläge, die nicht ausschließlich die Verbrauchsausgaben einbeziehen. Beides spricht meiner Ansicht nach da-



für, BGE und Geldreform nicht als sich ausschließende Methoden darzustellen, sondern durch die Betonung von Gemeinsamkeiten Türen zu öffnen.

Helmut Creutz beschließt den Text mit dem Satz, dass nur das verteilt werden kann, was aus menschlicher Arbeit resultiert. Dem stimme ich sehr zu. Ich möchte dazu ergänzen, dass die Menschen wegen einer sicheren Existenzgrundlage durch ein BGE nicht aufhören werden zu arbeiten!

Alwine Schreiber-Mertens

Schulden und Finanzkrise

Zur deutschen politischen Situation: In Kommentaren zur Finanzkrise verengt sich der Blick sehr häufig auf Deutschland. Doch weltweit haben die Staaten dieselben Probleme und Ursachen.. Deutschland stellt sich bei der Lösung im Vergleich z.B. zu den nordischen Staaten besonders dämlich an. Außerdem ist die BRD, sowie China und Japan mit ihren Außenhandelsüberschuss und ihrer Fixierung auf den Export ein Teil des Problems. Ein Freund fragt mich: „Das Geld, das heute fehlt, war ja mal da. Kann man davon nichts zurück holen?“ In der Tat, es ist da: Kommentar in der WELT-online von G. Heller am 30.01.09: „Die Kapitalmärkte quellen geradezu über vor Liquidität. Billionen US-Dollar liegen auf Giro- und Festgeldkonten.“ Hintergrund ist die Konzentration von Geldvermögen in wenigen Händen: Im Jahre 2007 betrug das Geldvermögen privater Haushalte 4,6 Billionen Euro in Deutschland, das zu 61% in den Händen von 10% der Haushalte lag. Erweitert man den Personenkreis, so besitzen 40% der Haushalte 96% des Geldvermögens, 60% dagegen nur 4% (Quelle: dt. Inst. f. Wirtschaftsforschung). Mit den Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem Staat betrug das Geldvermögen 7,9 Bill. Euro (2,8 bzw. 0,5 Bill. Euro). Die Schulden der dt. Volkswirtschaft betragen insgesamt 7,5 Bill. Euro, die sich zu 74% auf Unter-

nehmen, zu 21% auf den Staat und zu 5% auf die private Haushalte verteilen. (Quelle Dt. Bundesbank 2007, nach 95 wurde anders gezählt, Einzelkaufleute u. Selbstständige zählten zu den Privathaushalten. Nach dieser Zählung verteilen sich die Schulden zu 59% auf die Unternehmen, 20% Privathaushalte, 21% der Staat). Geredet wird nur von den Staatsschulden! Fast alle Talkshows und Debatten frönen dabei einer betriebswirtschaftlichen Sichtweise, wenn es heißt, die Staatsschulden würden zur Belastung zukünftiger Generationen werden. Zukünftige Generationen besitzen auch das Geldvermögen, das diesen Schulden gegenübersteht. Was der nächsten Generation aufgebürdet wird, ist die Aufgabe, dieses Zwillingsspaar Schulden/Geldvermögen aufzulösen. Es geht um die Lösung des Verteilungsproblems von gesellschaftlichem Reichtum. Und noch eins: Wenn der Staat keine Schulden macht, sucht sich das Finanzkapital Schuldner bei den Unternehmen, die die Kosten dafür an die Konsumenten weiterreichen. So oder so, ob über den Preis oder über Steuern landet das Problem bei der Bevölkerung. Die 7,5 Billionen Euro Schulden/Geldvermögen des Jahres 2007 bleiben bestehen

Dieses Zwillingsspaar wird durch die Zinseszinsdynamik ständig vermehrt, da können die Politiker hoch- und runterspringen, es sei denn sie ändern

etwas an der Zinseszinsdynamik und der Verteilungsproblematik. Deswegen sind die Staatsschulden den Unternehmensschulden sogar vorzuziehen, wenngleich auch keine Lösung, weil jene die Möglichkeiten bieten, sich die Schuldenkosten über die Steuern bei den Vermögenden zurückzuholen, etwa durch eine Steuer auf Vermögen aus Geld und Geldderivaten oder durch eine Erbschaftsteuer. Dies ist eine Frage des Funktionierens eines sich selbstverstärkenden Regelkreises, eines selbstverstärkenden Prozesses der Umverteilung. Ein Techniker hätte hier schon längst versucht, ein Dämpfungsglied in Form einer Rückhaltegebühr in die positive Rückkopplung einzubauen. Insofern ist es eine Gerechtigkeitsfrage: der Wille zu diesem Schritt fehlt.

Vielen Theoretikern ist gemeinsam, dass sie die Verteilungsfrage der Geldmittel und die damit verbundene Zinseszinsdynamik vernachlässigen. Eine Kapitalkonzentration ist zwar für die Investition wichtig, extreme Verwerfungen aber für die Volkswirtschaft schädlich. Grosse Konzerne und alte Industrien werden zu unbeweglichen Dinosauriern, mehrfache Milliardäre, losgelöst von jeglicher Realität des normalen Lebens zu gierigen Monstern.

Dr. Hans-Jörg Schlichte



Wahljahr mit Petition schmücken

Im Herbst 2005 hatte ich die damals neu eingerichtete Möglichkeit, öffentliche Petitionen an den Deutschen Bundestag einzureichen, genutzt. Meine Petition lautete: „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass binnen 2 Jahren eine gesetzliche Regelung geschaffen ist, die dem Artikel 14(2) Grundgesetz „Eigentum verpflichtet“ entspricht.. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Besser zur Geltung verhilft, indem die durch Guthabenzinsen bedingte Umverteilung von Arm zu Reich durch eine konstruktive Umlaufsicherung gestoppt

wird. Die Petition brachte damals fast 3000 Unterstützungsunterschriften. Nun beginnt in diesem Jahr wieder eine Bundestagswahlperiode und dieses Thema darf erneut als öffentliche Petition eingereicht werden. Ich werde es nicht tun, möchte aber andere Gruppen oder Einzelpersonen aufrufen, es diesmal besser zu machen. Die Finanzkrise hat dazu auch günstigere Voraussetzungen gebracht.

Adolf Holland-Cunz

„Shareholder Value“ und „Mondragon“ – Ausgabe 03-2009

Die unklare Definition von Gewinn in der betrieblichen Rechnung ist das eigentliche Problem. Unter Gewinn wird heute und schon immer die Rendite des eingesetzten Kapitals – gleich ob Fremd- oder Eigenkapital, Sach- oder Geldkapital – angesehen. Löhne und Managergehalt sind Gewinn mindernd in der Bilanz.

Der Sinn einer wirtschaftlichen Betätigung ist immer der Gewinn: Was bleibt übrig nach dem Aufwand an Arbeit, Material usw.. Deshalb arbeiten wir. Da ich oft Kapital benötige, mindert der dafür notwendige Aufwand meinen Gewinn. Deshalb halte ich den Aufwand dafür so gering wie möglich, versuche also z.B. die geringsten Zinsen zu bezahlen, damit mein Gewinn so hoch wie möglich ausfällt.

Als Unternehmer benötige ich Mitarbeiter. Mit denen muss ich mich einigen, wie wir untereinander den erarbeiteten Gewinn gerecht aufteilen. So etwa stelle ich mir das bei Mondragon vor, diesem erstaunlichen Beispiel eines vernünftigen Wirtschaftens aus dem Baskenland. Wenn die Auffassung von Gewinn in der betriebswirtschaftlichen Rechnung allenthalben so gehalten

würde, käme es zu keinen Finanzkrisen, denn das erwirtschaftete Kapital verbliebe in den Händen seiner Erzeuger, d.h. optimal verteilt. Sein Einsatz würde von jedem verantwortet. Der Gewinn und Verlust daraus optimal verteilt. Was wiederum einen optimalen Einsatz gesamtwirtschaftlich erreichen lässt. Eine vernünftige Geldordnung, wie sie die Freiwirtschaft erstrebt, würde sich dann ganz schnell von selbst einstellen, denn man würde immer versuchen, den Aufwand für das erforderliche Geldkapital so gering wie möglich zu halten, weil das im Interesse aller ist. Also buchen wir in Zukunft die Löhne und Gehälter auf der Gewinnseite und den Shareholder-Value auf der Verlustseite der Bilanz. Dann wäre die Sache auf die Füße gestellt und nicht auf den Wasserkopf des Kapitals.

Merke: Kapital kommt von *capitis* = der Kopf. Auf dem Kopf stehen mag eine Weile gut sein, im Zirkus wird das sogar beklatscht. Aber im Alltag hat das nichts zu suchen!

Dr. Gerhardus Lang

Grundeinkommen – 03-2009

Bedingungsloses Grundeinkommen oder Reduzierung der Kapitaleinkünfte? Helmut Creutz weist in dem Artikel nach, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) die negativen Auswirkungen des Kapitalismus zwar etwas abmildern, aber nicht beseitigen kann. Das ist ohne Zweifel korrekt – und wichtig.

In seine Berechnungen konnte allerdings nicht mit einfließen, welche gesellschaftlichen Entwicklungen ein solches BGE bewirken würde: Durch die Möglichkeit gegenüber vielen Zwängen des heutigen Lebens auch ‚Nein‘ sagen zu können, brächte es einen enormen Demokratiegewinn mit sich, der u.a. dazu führt, dass sich vielmehr Menschen auch mit unserem Geldsystem beschäftigen und sich nicht mehr mit den „Erklärungen“ der Fachleute zufrieden geben müssten. So gesehen unterstützt das BGE sogar die nötigen Veränderungen des Geldsystems. Vorteil des BGE ist immerhin, dass in der gegenwärtigen globalen Machtarchitektur ein einzelnes Land mit der Einführung beginnen könnte (z.B. Namibia, wo die Idee stark diskutiert wird). Die Änderung des Geldsystems kann dagegen nur global, jedenfalls mit einer gewichtigen Mehrheit der Industrieländer installiert werden. Der Euro alleine wird dafür (noch?) nicht mächtig genug sein. Was hätte Helmut Creutz in seinem Leben getan, wenn es ein BGE gegeben hätte? Ich bin sicher, dass er mindestens mit dem Elan für ein gesundes Geldsystem gekämpft hätte, wie er es trotz der Notwendigkeit, seinen Broterwerb zu verdienen, getan hat. Warum glaubt er dann, dass viele andere das Arbeitseinkommen als „unverzichtbaren Anreiz zur Einbringung von Leistungen“ in die Gesellschaft benötigen? Das Grundeinkommen erfordert einen Paradigmenwechsel, der aufgrund des hohen Grads der Fremdversorgung in unserer Gesellschaft unumgänglich ist und kommen wird – so wie vor über 100 Jahren das heutige Sozialsystem eingeführt werden musste, da sich im Zuge der Industrialisierung viele Menschen nicht mehr selbst auf der eigenen Scholle versorgen konnten. Es möge jeder den Film Grundeinkommen (www.Grundeinkommen.tv) ansehen, dort kann man sich in die neuen Ideen eindenken und einfühlen. Es lohnt sich – versprochen!

Tobias Wolman

Leserbriefe: Ihre Meinung ist uns wichtig. Senden Sie uns Ihre Fragen, Anregungen oder persönliche Meinungen. Bitte fassen Sie sich kurz, um so wahrscheinlicher wird die Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe ohne Rücksprache zu kürzen.

Orwell lässt grüßen

Auch Ihre Ausgabe 03-2009 ist mal wieder sehr erhellend bzgl. Finanzkrise. Vielleicht bekommen Sie jetzt mehr Beachtung von der Mainstream-VWL. Aber ich befürchte, dass Sie weiter totgeschwiegen und als Spinner diffamiert werden, obwohl mir Ihre Analysen völlig einsichtig sind (ich habe BWL studiert – an der FH Augsburg).

Das Ganze funktioniert ja wie Mathematik, mit unerbittlicher Notwendigkeit. Aber mit Ihrer Art Wirtschaftsordnung lässt sich halt nicht 50 Mio. EUR per anno verdienen – wie das manche Hedge-Fonds-Manager getan haben. Die Kapitalisten werden ihre Macht nicht freiwillig hergeben. Die „Neoliberalen-Sekte“ hat ja alle Medien unter Kontrolle (Fernsehen sowieso, diverse Zeitungen/Zeitschriften schwenkten in den letzten Jahren auch zunehmend auf neoliberal um. Das heißt dann „Realismus“ – „Leistung muss

sich lohnen“ – „Also Leute, nur keine Neiddebatte !!!“). Und die Werbeaktionen der „Initiative neue Soziale Marktwirtschaft (INSW)“ tut wirklich alles, um das Volk völlig zu verdummen. Das ist so wie in Orwells „1984“-Roman „Neusprech“ in höchster Form – dort heißt das Kriegsministerium bekanntlich Friedensministerium. Auch Ackermann, so liest man, ist wieder bei 25% Rendite angelangt. Er macht im alten Stil weiter – sitzt nebenbei am Kabinetttisch – um so die gewünschte „Bad Bank“ zu schaffen, die dann natürlich dicke mit Steuergeldern gefüllt wird. Gleichzeitig liest man, dass die Renten 2010 um mindestens 2% fallen werden (wegen der massiven Kurzarbeit – die Renten werden aufgrund der Bruttolohnsumme berechnet).

Reinhold Bertscheit

„Auslaufmodelle“

Liebe Macher der HUMANEN WIRTSCHAFT, In Ihrer Ausgabe 03/2009 der „Humane Wirtschaft“ gefiel mir der Spruch auf der Titelseite. „Auslaufmodelle – Zum Abwracken bereit – alte Autos, Banken und das kapitalistische Geldsystem“ so gut, dass ich es für Werbezwecke benutze.

So machte ich mir ein großes handgeschriebenes Plakat mit diesem Spruch und hing ihn bei mir zu Hause ans Fenster, sodass Passanten es lesen können. Außer diesem Text gab ich noch Ihre Web-Seite www.humane-wirtschaft.de an.

Soeben habe ich mir noch Aufkleber mit dem gleichen Text angefertigt, den ich auf Briefe oder auch Briefkuverts klebe, sollte ich Briefe versenden müssen. Auf meine Heckscheibe des Autos kann ich von innen auch diesen Text anbringen. Für Ihre Inhalte möchte ich eine Anregung geben:

1) Es ist doch so, dass unsere Wirtschaft immerzu wachsen muss damit sie überhaupt funktionieren kann.

2) Vom Nettolohn eines Beschäftigten gehen 40% über den Konsum/Zinsen verloren. Dieses Geld wird zu den Geldanlegern weitergereicht, um als Renditen ausgezahlt zu werden. Das bedeutet also, dass unsere Marktwirtschaft gar keine freie Marktwirtschaft ist. Wenn unsere Marktwirtschaft frei wäre, dann brauchte sie nicht immerzu wachsen um zu funktionieren. Auch würde unser Beschäftigter in den vollen Genuss seines Verdienstes kommen. Also ist unsere Marktwirtschaft nicht frei und somit keine freie Marktwirtschaft. Nun kann man weiter argumentieren und sagen, dass man eine freie Marktwirtschaft schaffen kann indem man den Kapitalismus aus ihr entfernt.

Ich glaube, dass es für Leute, die sich mit dieser Sache noch nicht sehr beschäftigt haben deutlicher wird, wo das Problem liegt. Man wirft Kapitalismus und freie Marktwirtschaft zusammen. Wenn man eine Suppe kocht und alle Zutaten zusammen wirft und umrührt, ist es schwer zu erkennen welche Inhalte die Suppe hat. Wenn man aber die Zutaten nicht zusammenwirft, sieht man klar, welche Zutaten in die Suppe gehören.

Ich glaube deshalb, dass man deutlich machen muss, was Kapitalismus und freie Marktwirtschaft ist. Wenn man beides klar voneinander trennt, treten die Vorteile der freien Marktwirtschaft und die Nachteile des Kapitalismus besser zutage. Viele Politiker sehen deshalb auch nicht klar das Problem. Sie nehmen die Vorzüge der freien Marktwirtschaft und die Nachteile des Kapitalismus wahr und sehen nicht klar das Problem.

Vielleicht ist meine Methode der Briefaufkleber oder das Plakat an meiner Fensterscheibe bzw. an der Heckscheibe meines Autos auch für andere Leser und Förderer der HUMANEN WIRTSCHAFT von Interesse.

Klaus Kilczan

21 Thesen von Erhard Glözl

Bis einschließlich These 10 kann ich Herrn Glözl ja noch folgen. Was dann aber folgt, hätte ich von einem Autor, der sich ernsthaft mit den Fehlern im System auseinandersetzt, nicht erwartet.

Zu These 11:

Wie hoch müsste derzeit die Besteuerung von Kapitaleinkommen sein, damit diese nicht schneller wachsen als das BIP?

Zu These 12:

Regulierungen aller Art sind in einer Freiwirtschaft nicht nötig. In allen anderen Wirtschaftsformen sind sie unwirksam.

Zu These 12.4:

Es gibt keine Finanzwirtschaft und erst recht keine Finanzprodukte. Mit Einführung einer konstruktiven Umlaufsicherung und eines Bodennutzungsrechts verschwinden diese Begriffe ganz von selbst.

Zu These 12.7:

Nur flexible Wechselkurse können zwischen Staaten mit unterschiedlicher Produktivität zu einem gerechten Ausgleich führen.

Zu These 13:

Diese Forderung erinnert mich an Helmut Kohls Forderung einer „geistigmoralischen Wende“. Welche Fehlhandlungen sollen denn da verfolgt werden? Sind diese momentan erlaubt?

Zu These 15:

Hier wird treffend der Ablauf einer typischen Liquiditätskrise beschrieben.

Zu These 16:

Hier hat der Autor nicht begriffen, dass der Urzins eine Konstante ist. Jede Besteuerung von Kapitaleinkommen hebt den Zins genau so weit, dass das Kapitaleinkommen nach Steuern genau die gleiche Höhe hat wie vorher ohne Steuern. Kann der Zins nicht gezahlt werden, wird das Geld gehortet. Nur eine Gebühr auf gehortetes Geld kann dieses wieder in den Umlauf bringen.

Zu These 20:

Kapitalismus kann nicht durch Regeln und Umverteilung reformiert werden. Er muss abgeschafft werden, und das ist nur durch die Einführung der „Humanen Wirtschaft“ möglich. Dann braucht man keine Kontrollen, Einschränkungen, Überwachungen, Verfolgungen etc. So lange das Kapital streiken kann, indem es Geld aus der Zirkulation zurückhält, ohne dafür mit Kosten belastet zu werden, so lange kann es nicht nennenswert besteuert werden. Die politische Linke will oder kann das seit 150 Jahren nicht verstehen.

Anselm Gehre

Wohlstand für alle

Die Lösung kann nur lauten: Das Geld muss dahin fließen, wo auch der Bedarf ist. Wir sind das Volk und wollen keinen Kapitalismus und/oder Diktatur. Nur soziale Gerechtigkeit in Freiheit. Mit dem Bestreben nach Wohlstand für alle. Die Lösungen dazu liegen in der Schublade. Man braucht sie nur einzusetzen. *Bernhard Josten*

„Es spricht meiner Ansicht nach (einiges) dafür, BGE und Geldreform nicht als sich ausschließende Methoden darzustellen, sondern durch die Betonung von Gemeinsamkeiten Türen zu öffnen.“

Alwine Schreiber-Mertens,
Zitat aus ihrem
Leserbrief